

Für Omaha und Umgebung: Schön heute abend und Sonntag, sehr unbeständiger Temperaturverlauf.
Für Nebraska: Schön heute abend, Sonntag und wahrscheinlich Montag.
Für Iowa: Schön heute abend, Sonntag und wahrscheinlich Montag.

Bolsheviki wird ein Ultimatum gestellt

Müssen binnen drei Tagen deutsche Friedensbedingungen unterzeichnen; Vormarsch nach Rußland hinein dauert inzwischen fort

Deutsche stehen nur 100 Meilen von Petrograd

Petrograd, 1. März. (Nachts.)—Die Deutschen weigern sich die Friedensbedingungen vor Montag einzustellen; so melden die russischen Friedensdelegierten, welche in Brest-Litovsk eingetroffen sind. „Wir werden nicht ohne Kampf aufgeben“, melden sie in einer Proklamation. „Unser letztes Wort ist, daß wir Anstrengungen machen müssen, die Deutschen so weit wie möglich nach dem Westen zurückzutreiben.“

100 Meilen von Petrograd. Petrograd, 1. März. (Nachts.)—Die Deutschen weigern sich die Friedensbedingungen vor Montag einzustellen; so melden die russischen Friedensdelegierten, welche in Brest-Litovsk eingetroffen sind. „Wir werden nicht ohne Kampf aufgeben“, melden sie in einer Proklamation. „Unser letztes Wort ist, daß wir Anstrengungen machen müssen, die Deutschen so weit wie möglich nach dem Westen zurückzutreiben.“

Petrograd ist kampfbereit. Eine Spezialkommission fordert die Mittellinie von den Kämpfern ab, doch wird dieselbe zu Schanzarbeiten verwendet. Alle solche Personen, die Lust zum Kämpfen auf den Truppen, werden hinter die Front geschickt.

Der feindliche Vormarsch geht fächerartig vor sich. — Pstov bildet den Handgriff, Dno und Duboff formieren die Flanke. Waf bildet das Hauptdepot für Nahrungsmittel, während Pstov als Operationsbasis zu betrachten ist. Während der letzten Nacht ist der Feind nicht weiter vorgekommen. Der Gudno See ist fast zugefroren, und die Deutschen dürfen auf seine Schwärzungen hoffen, den See mit ihren Geschützen und Trainkolonnen zu kreuzen. Pstov ist von dem Feinde besetzt worden. Russische Pioniere haben Order erhalten, die Brücke zwischen Bologne und Borkovo zu zerstören. Deutsche Streitkräfte bewegen sich auf Novo Solniki, um die Moskwa-Petrograd Bahn zu durchschneiden. Der russische Widerstand wird hartnäckiger.

Die Arbeiter- und Soldaten-Organisationen Moskaus haben Beschlüsse angenommen, laut welchen die deutschen Friedensbedingungen als unannehmbar bezeichnet werden und die Fortsetzung des Kampfes verlangt wird. Die allrussischen Gewerkschaften haben ähnliche Beschlüsse gefaßt. Arno Dsch-Bleuret von der New York World und ich sind die einzigen amerikanischen Korrespondenten, die in Petrograd verblieben sind; auch die meisten britischen Korrespondenten haben die Stadt verlassen. Die Zugänge zu den Bahnhöfen sind geschlossen. Wir werden, falls es nötig erscheint, uns auf Schützen aus der Stadt entfernen. Die Volksräte haben erklärt, daß sie bis zum letzten Augenblick in der Stadt bleiben würden; alle Vertikalen und Dokumente der Regierung aber werden in Sicherheit gebracht. Sollten die Deutschen wirklich Petrograd besetzen, dann wird der Regierungssitz nach Moskau verlegt werden.

Giftgas-Bomben werden beibehalten

Kopenhagen, 2. März, über London. — Wie in einer hier eingetroffenen Nummer des „Berliner Vorkämpfer“ erklärt wird, haben die Zentralmächte nicht die Absicht, die feierliche Benutzung giftigen Gases aufzugeben, wozu das Internationale „Note Kreis“ in Genf aufgefordert hat.

Das Blatt sagt: „Nach der Meinung deutscher Sachverständiger würde es schäblich sein, diese Anreger auszuführen, da sowohl die Angriffs- wie die Verteidigungspläne ganz ungekämpft werden müßten.“ — wozu das Armeekommando kaum Neigung hat.

„Falls jedoch ein Waffenstillstand vereinbart werden könnte, so würde dies eine günstige Gelegenheit bieten, die Anwendung aller neuen technischen Methoden zu erörtern, welche seit Beginn dieses Krieges eingeführt wurden.“

Drei Negers gehn. — Drei Negers, deren Namen als Jim Lewis, Jim Jones und Bill Bonell angegeben werden, wurden von einem Mob bei Tulsa, Ok., einem abgelaufenen Dschin am Dienstag gefaßt. Es war am Sonntag zwischen Negern und Weißen zu einem Kampfe gekommen, bei dem ein weißer Farmer und ein Neger getötet worden waren.

— Verurteilt Euch bei Einkäufen auf die „Tribüne“.

Japaner konferieren wegen Sibiriens

Amerikas Antwort wegen der geplanten Intervention Japans steht immer noch aus.

Tokio, 2. März. — Der Kaiser hielt heute mit seinen Ministern eine wichtige Konferenz wegen der Belagerung Sibiriens durch japanische Truppen ab. In japanischen diplomatischen Kreisen wird darauf hingewiesen, daß ein Wegzug der Vertreter der Alliierten aus Petrograd mit einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen gleichbedeutend sei.

Baron Motono teilte dem Abgeordnetenhaus mit, daß Japan mit den Alliierten in Unterhandlungen stehe, um eine neue Politik Rußland gegenüber zu bestimmen.

Dem Umstande, daß sich Vice-Admiral Tanaka, früher Marineattaché in Petrograd, nach Wladivostok begeben habe, wird große Bedeutung beigelegt.

Washington, 2. März. — (Von Carl D. Groat, Korrespondent der United Press.) — Die Ver. Staaten haben sich immer noch nicht entschieden, welche Antwort sie Japan hinsichtlich des gemachten Vorschlags, in Sibirien mit bewaffneter Hand zu intervenieren, erteilen soll. Wie ein Kabinetsmitglied erklärte, dürfte Amerika nichts dagegen einzuwenden haben, wenn Japan in „Selbstverteidigung“ Truppen in Sibirien landete, Amerika aber wird sich an der Expedition nicht beteiligen.

Regierungsbeamte erklären, daß die Zeit zur Intervention noch nicht gekommen sei. Sie weisen darauf hin, daß der Widerstand der Russen gegen die Deutschen hartnäckiger wird, und daß es für die Deutschen unmöglich sein wird, bis nach Sibirien vorzudringen. Bisher haben die Deutschen in Sibirien noch keine Gefahr gebildet. Diejenigen, welche einer Intervention Japans in Sibirien operieren, weisen darauf, daß Japan, sobald es einmal in Sibirien festen Fuß gefaßt hat, schwerlich bewegt werden kann, das Land wieder zu verlassen.

Diejenigen, welche für ein Eingreifen Japans sind, sagen, daß man Japan als einen Verbündeten betrachten entgegenbringen und man es unterstützen sollte, seine Interessen in Sibirien zu wahren.

Die Alliierten begünstigen eine Intervention Japans; es wird ferner gesagt, daß Rußland weiter feierliche Verhandlungen seitens der Alliierten oder Amerikas bedarf. Ein solcher Geist aber steht im Widerspruch zu den amerikanischen Ideen, die Russen in dem Kampfe gegen die Feinde zu ermutigen.

England geneigt, über Frieden zu verhandeln?

London, 2. März. — Der russische Zusammenbruch mag eine tiefe Wirkung auf die Diplomatie der Alliierten haben. Wenn wie erwartet wird, Deutschland sich mit seinen großen Gewinn im Osten begnügt und sich der Entente mit einem billigen Vorschlag für die Schlichtung der Streitfragen an den anderen Grund nähert, so ist der beste Grund für den Glauben vorhanden, daß eine solche Offerte nicht zurückgewiesen würde. Die Haltung der britischen Regierung spiegelt die Rede des Premier Lord George wider, in welcher dieser sagte, daß Rußlands Schicksal von Rußland selbst entschieden werden müsse. Falls jedoch Deutschland die Gerechtigkeit der Ansprüche der Alliierten anderwärts nicht zugebe, so ist der Frieden unmöglich.

Eine eigentümliche Phase der Situation ist die allgemeine Ansicht, daß Präsident Wilson und Amerika einem solchen Frieden opponieren und keinen Vergleich auf Rußlands Kosten annehmen würden.

Außerhalb der Regierungskreise wird offen behauptet, daß Verhandlungen bereits im Gange seien. Ein Bericht lautet dahin, daß General Smith die Sämme befehligt habe, um dort mit dem Grafen Gernin oder einem Vertreter derselben zusammenzutreffen. Das wird allgemein geäußert, trotzdem nicht die ge-

Kein neuer Prozeß für Mooney gewährt

Die Entscheidung des Obergerichts von Kalifornien erhält Urteil aufrecht, Schlichter Einwand auf Russen befürwortet.

San Francisco, Cal., 2. März. — Thomas J. Mooney wird infolge seiner Ueberführung wegen Mordes in Verbindung mit einer Bombenexplosion, durch die hier in 1916 zehn Personen getötet wurden, gebannt werden müssen, außer er wird vom Gouverneur oder Präsidenten Wilson begnadigt. Das Staatsobergericht hat ihm gestern einen neuen Prozeß verweigert, weil angeblich kein Verstum in dem vorhergehenden Prozeß enthalten war. Mooneys Leben hängt jetzt ganz vom Gouverneur Stephens ab.

Vor einiger Zeit wurde vom Präsidenten Wilson eine Spezialkommission ernannt, an deren Spitze Rechtsanwalt Wilson stand, um den Fall zu untersuchen, und diese empfahl dem Präsidenten, daß Mooney einen neuen Prozeß erhalten sollte.

Als Mooney von der Entscheidung des Obergerichts benachrichtigt wurde, gab er zur Antwort, daß es ihm durchaus nicht überläßt, Gouverneur Stephens, der vom Präsidenten Wilson einen Brief vor einiger Zeit erhalten hatte, wollte in Oakland, wo er sich augenblicklich befindet, nicht antworten, ob er den Brief veröffentlichte würde, noch über seine Absichten etwas verlauten lassen, bis er den Entschluß des Obergerichts gelesen und erfahren hätte, was Mooneys Verteidigung zu tun beabsichtige. Eine Petition für ein Neubehör vor dem Obergericht wird innerhalb von 20 Tagen der hierfür festgelegten Frist, eingereicht werden.

Washington, 2. März. — Obwohl man in Beamtenkreisen sehr zurückhaltend war, das Urteil des Obergerichts von Kalifornien in Mooneys Falle zu bekräftigen, so war doch ersichtlich, daß viele errieten waren, daß ein neuer Prozeß nicht gewährt werden war in Anbetracht der Spezialuntersuchung der Kommission des Präsidenten Wilson. Die Kommission hatte gefunden, daß der Streit zwischen Kapital und Arbeit in dem Prozeß Mooneys in einer Weise hineingezogen wurde, daß sich nachteilige Eindrücke im ganzen Lande hervorgerufen werden würden, wenn Mooney seinen neuen Prozeß erhielte.

Der Präsident war an dem Falle besonders interessiert, weil ihm mitgeteilt wurde, daß Amerikas Arbeit in Rußland sehr behindert würde durch zurückkehrende Russen, die den Mooney-Fall dazu ausbeuteten, Amerikas Kriegsziel der allgemeinen Demokratisierung lächerlich zu machen. Die einzige Hoffnung für Mooney sehen die Beamten in der Begnadigung durch Gouverneur Stephens.

Zwei Negerärzte vor Kriegsgericht

Washington, 2. März. — Eine Untersuchung der Behandlung des Gemeinen Albert Bestwood von Libanon, Kan., der im Kampfe Doniphan, Mo., an Meningitis starb, hat Sekretär Baker veranlaßt, den Major Philip V. Connell, dem Medizinerkorps der Armee, New York, und den Oberleutnant Walter S. Kirkpatrick, vom Medizinerkorps der Nationalgarde, Haven, Kan., vor ein Kriegsgericht zu stellen. Die Zustände in dem Hospital wurden von dem Untersuchungskomitee als schlecht gekennzeichnet. Die Untersuchung wurde nach Veröffentlichung eines Briefes des Vertes des verstorbenen Soldaten durch Senator Chamberlain, dem Vorsitz des Militärkomitees des Senats, angeordnet.

Einige offizielle Bestätigung vorläufig.

Sollte die Regierung einen definitiven Schritt zum Frieden tun, so würde sie vielleicht unerwartet die Unterstützung eines großen Elementes finden, das jetzt offen einen Wechsel im Ministerium verlangt. Die sehr dieses Element gewünscht ist, zeigte sich bei einer kürzlich abgehaltenen Versammlung. Auf der Tribüne befanden sich Perinold, Lein, Lord Beauchamp, Lord Roberts, Sir Hugh Bell, der große Eisenwerkbesitzer Holt und die Redner McDonald mit „Smilie“ Snowden und anderen Arbeiterparteiern. Alle derselben vereinigen sich, um die Kriegziele der Arbeiterpartei und des Präsidenten Wilson zu loben und einen Wechsel in der britischen Regierung zu verlangen.

Neue Freiheitsanleihe am 6. April eröffnet

Aufang der Kampagne am Jahrestage der Eröffnung des Krieges mit Deutschland.

Washington, D. C., 2. März. — Am 6. April, dem Jahrestage des Eintritts der Ver. Staaten in den Weltkrieg, wird die dritte Freiheitsanleihe eröffnet werden. Die Kampagne wird drei oder vier Wochen lang dauern.

Sekretär McAdoo sagte, daß die Höhe der Anleihe, die Zinssrate und andere Angelegenheiten, wie der Austausch von Zertifikaten der früheren Anleihen, die Zeit der Fälligkeit und die Art der Auszahlung derselben, noch erst bestimmt werden müssen und daß neue Beschreibungen nötig sein würden, ehe die Anleihe vervollständigt werden können.

Die Tatsache, daß die Höhe der Anleihe von weiterer Gesetzgebung abhängig ist, deutet darauf hin, daß sie \$3,000,000,000 überschreiten wird. Dies ist nämlich der Rest der bisher autorisierten, aber noch nicht verkauften Bonds. Die Tatsache, daß die Schuldzertifikate, welche jetzt vor dem Anleihe verkauft werden, 4 1/2 Prozent Zinsen bringen, deutet auf den Zinssatz der Anleihe hin.

Sekretär McAdoo hat stark allgemeine patriotische Demonstrationen am Tage der Eröffnung der dritten Anleihe und dem Beginn des zweiten Kriegsjahres empfohlen. Die Kampagnearbeit für die dritte Anleihe ist bereits aktiv in Angriff genommen worden. Verkaufsbüros sind geschaffen, die Publizitätsunternehmungen angeordnet und die Lokalbehörden neu organisiert worden. Sogar jetzt wichtiger, aber nicht notwendige Sekundärbüros am Markte zurückgezogen worden durch die freiwillige Zusammenarbeit der Geschäft- und Finanzinteressen mit dem Kapitalausgabekomitee der Bundesreserve-Behörde.

Die Nation hat bereits \$5,808,000,000 Freiheitsbonds in sich aufgenommen, — \$2,000,000,000 der ersten Anleihe und \$3,808,000,000 der zweiten Anleihe. Außerdem müssen etwa 1,400,000,000 von Staatsschuldscheinen aus der dritten Freiheitsanleihe ausbezahlt werden, und etwa \$1,250,000,000 Steuerzertifikate, die am 1. Juni fällig sind, stehen noch aus.

11 Mexikaner bei Grenzkampf getötet

Maria, Tex., 2. März. — 11 Mexikaner wurden getötet und mehrere verwundet, als eine Bande von 30 Mexikanern auf eine Abteilung amerikanischer unter dem Kommando von Hauptmann Kramer Thomas Schiffe feuerte. Die Mexikaner eröffneten das Feuer als eine Unterredung zwischen ihrem Führer und Hauptmann Thomas auf der amerikanischen Seite des Rio Grande bei Sierra Altam, südlich von Sierra Blanca stattfand. Der Gemeine Mallard wurde durch Steinfragmente, die durch eine Kugel losgerissen waren, im Gesichte verletzt, aber keine weiteren Amerikaner wurden verwundet. Die Banditen hatten den Fuß gefesselt, die Viehherde von A. P. Neighbor heimgesucht und dort drei Kühe getötet. Hauptmann Thomas ging mit einer Abteilung Kavallerie anzufragen, wobei der Angriff erfolgte. Vom Feuer der Amerikaner wurden 11 Mexikaner getötet. Der Kampf wurde am Oberst Geo. T. Langhorne berichtet, der weitere Verstärkungen dorthin sandte.

11-Boor-Angriff abgeblasen

Washington, 2. März. — Der bewaffnete amerikanische Dampfer Nyanga hatte mit einem deutschen Tauchboot einen 2 1/2 stündigen Kampf zu bestehen und dasselbe aller Wahrscheinlichkeit nach zerstört. So berichtet der Geschützführer Benjamin S. Groves.

Ungarische Kammer verlegt sich. Washington, 2. März. — Einer hier eingetroffenen Depesche zufolge hat sich die ungarische Kammer am 26. Januar bis auf weiteres verlegt.

Sammies im Kampf mit Stoßtruppen

Halten dem Anprall nicht nur Stand, sondern werfen den Feind zurück; die Verluste auf beiden Seiten sind schwer

Handstreich an der britischen Front ausgeführt

Mit der amerikanischen Armee in Frankreich, 2. März. — Amerikanische Tapferkeit, Hartnäckigkeit und Ausdauer blieben in einem der bedeutendsten Vorfälle, die der Feind bisher gegen amerikanische Linien unternommen hatte, Sieger. So melden U. S. Armeeoffiziere, welche das gefrische Gefecht nahe Loul mitmachten. Die Deutschen hatten diesen Angriff seit Wochen vorbereitet; die Angreifer gehörten der 78. Kanadischen Reserve-Division an, welche erst kürzlich von der Ostfront eingetroffen war, denn bei den Befehlen wurden russische Wägen herangeführt. Die amerikanischen Verluste waren erheblich; unter den Gefallenen und Vermissten befanden sich mehrere Offiziere.

In einer Stärke von 240 Mann, ausgewählte Stoßtruppen, griff der Feind an; er wurde jedoch mit schweren Verlusten zurückgeschlagen. Die Deutschen werden gegen die Amerikaner alle List an, doch lassen sich diese nicht überlistet. Offiziere spenden den Sammies wegen deren tapferen Verhaltens in diesem Gefechte hohes Lob. Das heftigste Artilleriefeuer war von großer Gewalt und Wirkung. Das amerikanische Sperrfeuer war besonders wirksam. Auf eine so heftige Gegenwehr hatten die Angreifer nicht gerechnet; manche Deutsche waren den Amerikanern nicht gewachsen; letztere bedienten sich im Handgemenge in wirksamer Weise des Bajonetts und der Häufel.

Bis heute früh ist die amerikanische Besatzung im Kriegsdepartement noch nicht eingetroffen.

Britischer Bericht. London, 2. März. — Feldmarschall Haig meldete heute von der Westfront folgendes: „Britische

Der Prozeß gegen die Hindu-Verschwörer

San Francisco, 2. März. — Graf Duma, der frühere Premierminister von Japan, Graf Terauchi, Nobunbrant Tagore, der bekannte Hinduapostel und andere weltbekannte Männer, speziell spanische Regierungsbeamte und Geschäftsleute, wurden direkt als Teilnehmer an dem revolutionären Versuche, Indien von der englischen Herrschaft zu befreien, verhaftet.

Gerade an dem letzten Tage der Zeugenvernehmung durch die Regierung gegen dreißig Hindus und Deutsche wegen Verlegung der Neutralität der Vereinigten Staaten, produzierte Distriktsanwalt Preston diplomatische Notizen der überaus rätselhaften Natur zwischen Alfred Zimmermann, dem früheren deutschen Sekretär für auswärtige Angelegenheiten, und dem Grafen von Bernstorff, dem deutschen Botschafter in den Vereinigten Staaten.

Krieg kostet U. S. 1 Billion monatlich

Washington, 2. März. — Die Kriegskosten der Vereinigten Staaten belaufen sich nahezu auf eine Billion Dollars im Monat. Obgleich die Beamten angaben, daß die Kosten sich von Monat zu Monat erhöhen würden, so sind doch die Ausgaben der Regierung gemäß einem gutem von Schatzamt ausgegebenen Bericht etwas niedriger als im Januar oder Dezember, aber sie würden ungefähr gleich gewesen sein, wenn der Monat ebenso lang gewesen wäre. Die Ausgaben beliefen sich auf \$65,406,000 für gewöhnliche Kriegsausgaben und \$325,000,000 für Anleihen an die Alliierten in Anrechnung kommen. Die Ausgaben im Januar, beliefen sich auf \$1,090,000,000; im Dezember auf \$1,105,000,000 und im November auf \$982,000,000.

Reichstag schickt Mitglied vor Kriegsgericht

Amsterdam, 2. März. — Der deutsche Reichstag hat am Mittwoch gegen die Frankfurter Zeitung ohne Debatte, des Erlasses des Bremer Kriegsgerichts, gegen den Abgeordneten Alfred Henke, einen Sozialdemokraten, einen Strafnahmeprozess aufzutragen zu dürfen, verurteilt. Henke wird beschuldigt, eine Uebertretung des Belagerungszustandes veranlaßt zu haben.